

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36. 29 Jahrg.

1. Septbr. 1916.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkendts, Angustastraße 8-9 — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsnzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Um den Arbeitsnachweis. Rundschau. — **Allgemeines:** Haltet den Dieb! Ortsberichte: Leipzig.

Bekanntmachungen.

Vom 1. September ab erscheint wieder die **Graphische Jugend** für die Mitglieder der Lehrlingsabteilung. Wir bitten die Ortsvorstände, für regelmäßige Verteilung Sorge zu tragen. Jede Mitgliedschaft erhält außerdem einige Exemplare mehr, zur Verteilung an die noch fernstehenden Lehrlinge.
Sollte die von der Druckerei zugehende Anzahl der Graphischen Jugend nicht ausreichen, so wolle man sich direkt an Kollegen Conrad Müller in Schkeuditz wenden.
Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Um den Arbeitsnachweis.

Eine häufig gehörte Redensart lautet: Not lehrt denken! Darauf gründet sich die Annahme, die oberflächliche Köpfe gern verfechten, je schlechter es dem Arbeiter geht, umso mehr würde er veranlaßt, über die Ursachen seines Elends nachzudenken, um so leichter würde er den Ideen der modernen Arbeiterbewegung zugänglich sein. Dieser Auffassung steht aber die Tatsache gegenüber, daß die Arbeiterorganisationen keineswegs ihre größte Anhängerschaft in den Bezirken haben, wo die stärkste Ausbeutung, die längste Arbeitszeit, die niedrigste Entlohnung zu finden ist. Das Gegenteil ist im allgemeinen zutreffend. In den ausgedehnten Bezirken der Heimarbeit und der ungelerten Arbeit haben die Arbeiterorganisationen ihren schwächsten Anhang, in den Großstädten, in den Bezirken der gelerten Arbeit, der Fertigungsindustrie finden wir auch die Hochburgen der Arbeiterorganisationen. Es ist nicht der Grad der Ausbeutung an sich, der die Aufklärung, den bewußten Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung fördert. Gleichmäßiges, andauerndes Elend erzeugen vielmehr jenen mit Recht so gefürchteten Stumpfsinn, der der sozialistischen Aufklärung die größten Schwierigkeiten entgegensezt. Der Mensch gewöhnt sich überraschend schnell selbst an unerquickliche Lebensbedingungen. Schärfer, als eine nicht zu plötzliche Verschlechterung der Lebensbedingungen, wirkt hier der Grad der Bildung des von der Verschlechterung betroffenen Arbeiters. Neben diesem Bildungsgrad ist aber zweifellos die Unsicherheit der Existenz des modernen Industriearbeiters das am stärksten zum Nachdenken wirkende Moment in der kapitalistischen Produktionsweise. Ja, man kann sagen, je höher der verdiente Lohn, und je günstiger die dadurch erzielten Lebensbedingungen für den Arbeiter sich stellen, um so größer die Empörung über eine Wirtschaftsweise, die ihn immer wieder dem größten Elend zu überantworten droht.

Es ist durchaus natürlich, daß gerade das Problem der Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit bei allen sozialpolitisch interessierten Köpfen die größte Aufmerksamkeit erregt hatte. Wohl brachten die Krisen, durch die Entbehrungen, die sie der Arbeiterschaft auferlegten, regelmäßig einen Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Kaum aber setzte die bessere Konjunktur ein, da führte

die Empörung über die ausgestandenen Entbehrungen und Erniedrigungen tausende und abertausende neuer Mitglieder den Gewerkschaften zu.

Doch noch ein anderes Moment trug nicht weniger stark zur Aufrüttelung der Geister bei. Stand der Arbeiter, auch der tüchtigste, dauernd in Sorge Arbeit und Einkommen zu verlieren, so wirkte der Gedanke daran, dann von Fabrik zu Fabrik laufen und um neue Stellung betteln zu müssen, durchaus nicht verschönernd auf ihn ein. Die moralische Demütigung, die dieses Budenabklappern im Gefolge hatte, peitschte selbst weniger aufsässige Seelen auf. Unhöfliche Abweisung, verletzendes Anerbieten zu billigerem Lohn zu arbeiten und wieder und wieder vergebliches Anfragen, das alles erzeugt jene Gemütsverfassung, die uns an dem sonnigen Tage die Welt grau in grau erscheinen läßt.

Zu der moralischen Zerrüttung des Menschen durch das Umschauhalten kamen noch, genau so gefährlich, die sozialen Schädigungen. Der Unternehmer oder sein Vertreter merkte an der Häufigkeit des Anfragens wie viele Arbeitskräfte frei waren. Für ihn trat die Gelegenheit verlockend nahe, diese günstige Konjunktur zur Herabdrückung des Lohnes zu benutzen. Aber nicht nur den direkt Arbeitslosen drohte diese Gefahr. Schlimmer war noch die Drohung denen gegenüber, die in dieser Firma noch in Beschäftigung waren. Auch für sie war das Umschauhalten der Kollegen die Ursache häufiger Demütigung und ständiger Bedrohung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. So wirkte das nach Arbeit anfragen gleichmäßig drückend auf die in Arbeit Stehenden.

Die Zeiten wirtschaftlicher Depression zwangen die Gewerkschaftsorganisationen auf die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzichten und ihre ganze Sorge auf die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse zu verwenden. Mit Recht sahen die einsichtigen Arbeiter in dem Umschauhalten die größte Gefahr für die eben geschilderten Aufgaben. Es gehörten starke Charaktere und vor allem sozialpolitisch gut durchgebildete Arbeiter dazu, bei den Demütigungen des Umschauhaltens die Grundsätze der Gewerkschaften hoch zu halten. So ging das Bemühen der aufgeklärtesten Arbeiter bald dahin, noch ehe an eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse zu denken war, durch Einführung des Arbeitsnachweises den Kampf gegen das Umschauhalten aufzunehmen.

Leider, möchten wir sagen, gehören zu einem gut funktionierenden Arbeitsnachweis immer zwei Teile: einmal die Arbeiter, die sich streng an seine Satzungen halten und dann die Unternehmer, die sich bei jedem Bedarf an Arbeitskräften an ihn wenden. Das erstere durchzuführen würde den großen und bestorganisierten Gewerkschaften keineswegs schwer fallen. Ihre gut disziplinierten Mitglieder hätten ihn ganz sicher glänzend zur Durchführung gebracht, wenn — ja, wenn der andere Teil, die Unternehmer, sich nicht so ablehnend verhalten hätten. Denn der Arbeitsnachweis, der

gegründet wurde, um die oben dargelegten Mißstände beim Umschauhalten zu beseitigen, mußte sich aus eben diesen Gründen unter der Leitung der Gewerkschaften gleichzeitig zu einem wirkungsvollen Kampfmittel entwickeln. Mit seiner Hilfe gelang es häufig genug, nicht nur Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch wesentliche Verbesserungen zu erreichen. Aus dieser Erkenntnis heraus, beschloß noch der in Berlin abgehaltene Deutsche Gewerkschaftskongreß 1895, der Arbeitsnachweis dürfe allein der Leitung der Gewerkschaften unterstellt werden. Diese Auffassung mußte sich mehr und mehr verlieren, je stärker die Unternehmer sich desselben Kampfmittels bedienten. Haben die Unternehmer den Arbeitern die Organisationsfähigkeit abgelautet, auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises mußten sie ihnen ganz naturgemäß überlegen sein. Auch sie verstanden es nur zu gut, den Arbeitsnachweis als Kampfmittel zur Anwendung zu bringen. Und ihrem für die Arbeiterschaft geradezu gemeingefährlichem Wirken ist es zuzuschreiben, wenn allmählich über die notwendige Form der Arbeitsnachweise in den Gewerkschaften eine andere Auffassung Platz griff. Schon der Frankfurter Gewerkschaftskongreß 1899 stellte die Beteiligung an öffentlichen und paritätischen Arbeitsnachweisen den Gewerkschaften frei. Es galt eben, an Stelle eines Kampfmittels von sehr zweifelhafter Wirkung, mit Hilfe der öffentlichen und paritätischen Facharbeitsnachweise ein Gegengewicht gegen die immer gefährlicher werdenden Unternehmerarbeitsnachweise zu schaffen. Denn was der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis in der Hauptsache erreichen sollte, die Verhinderung der Unterbietung der Arbeitskräfte durch das Umschauhalten, das wurde durch paritätisch verwaltete Arbeitsnachweise ebenso erzielt. Die Gefahr aber, die die einseitig geleiteten Unternehmer-Nachweise mit sich brachten, wog doch bei weitem die Vorteile nicht auf, die den Gewerkschaften aus der Führung ihrer Arbeitsnachweise erwachsen; Vorteile, die sich übrigens auch ohne eigene Arbeitsnachweise durchsetzen ließen.

Täuschen wir uns nicht über die Bedeutung der Unternehmer-Nachweise. Die inzwischen außerordentlich stark angewachsenen Unternehmerorganisationen haben es aus ihren natürlichen Interessen heraus verstanden, die Benutzung ihrer Arbeitsnachweise auch von den Arbeitern zu erzwingen. Es dürfte bekannt sein, welche traurige Rolle der Arbeitsnachweis des sogenannten Kühnemänner-Verbandes in der Metallindustrie spielt, wie viele gute Gewerkschaftler sich knirschend die Vermittlung durch diesen Nachweis gefallen lassen müssen. Auch rein zahlenmäßig sind sie von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es betrug die Zahl der vermittelten Stellen durch die Arbeitsnachweise:

der Arbeiter im Jahre 1909 . . .	195 501,
„ „ „ „ „ 1912 . . .	353 309,
der Unternehmer i. „ 1909 . . .	304 256,
„ „ „ „ „ 1912 . . .	1203 613.

Das ist ein ganz außerordentliches Wachstum. Angesichts der tatsächlichen Macht und der zahlenmäßigen Stärke dieser Unternehmer-

nachweise wird es verständlich, wenn sich nunmehr die Gewerkschaften die Forderung nach paritätisch verwalteten Arbeitsnachweisen zu eigen machten. Der Münchener Gewerkschaftskongress, der 1914, kurz vor dem Kriegsausbruch tagte, faßte folgende, die Grundanschauung klar darstellende Resolution:

... Die Gewerkschaften wollen grundsätzlich, daß der Arbeitsnachweis den Interessenkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern entzogen werde. Sie weisen den Anspruch der Unternehmer, allein den Arbeitsnachweis zu beherrschen, entschieden zurück und erkennen die beste Lösung des Arbeitsnachweisproblems in einer gesetzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten, gemeinnützigen Arbeitsnachweise anerkennt und zu gemeinsamen Wirken verpflichtet. . . .

Der Kampf um die Beherrschung des Arbeitsnachweises ist ein Machtkampf, ein Klassenkampf reinster Art. Und hier neigt sich die ganze wirtschaftliche Macht zu Gunsten der Unternehmer. Sie benutzen nur ihren Arbeitsnachweis, sie zwingen die Arbeiter zu den demütigsten Bedingungen sich dort zu melden. Ihre Nachweise sind fast durchweg reine Maßregelungs- und Kontrollbüros. Die berüchtigten schwarzen Listen werden im wesentlichen durch diese Nachweise durchgeführt. Darum muß ihnen unser schärfster Kampf gelten.

Blicken wir zum Schluß noch einmal auf das Gesagte zurück. Die wichtigste Aufgabe war, das seelisch zerüttende und für die Arbeiter wirtschaftlich niederdrückende Umschauhalten zu verhindern. Als Mittel dazu galt uns der Arbeitsnachweis. Das angeführte Ziel erreichte aber der paritätisch verwaltete Arbeitsnachweis in gleicher Weise. Wichtiger als das Kampfmittel, das uns in dem Arbeitsnachweis gegeben ist, ist uns die Bekämpfung der anmaßenden Gewaltherrschaft, die die Unternehmerverbände der Arbeiterschaft gegenüber durch den einseitig von ihnen geleiteten Arbeitsnachweis ausüben.

Wir haben dem Unternehmerverband im Steindruckgewerbe stets die Hand zum Frieden geboten. Wir können jederzeit den Beweis führen, wie ungemein oft unsere bestgemeinten Verständigungsversuche durch den Schutzverband brüsk abgelehnt worden sind. So wie es uns möglich gewesen ist, mit den Unternehmern der anderen uns angeschlossenen Berufe in Frieden zusammenzuarbeiten, so hätte es auch im Steindruckgewerbe der Fall sein können, wenn es die Steindruckunternehmer gewollt hätten. Statt dessen fordern sie aufs neue die Gehilfen heraus, durch die Gründung eines reinen Unternehmernachweises. Wir fürchten den Kampf nicht, aber wir wünschen ihn auch nicht! Wir stellen dem provozierenden Vorgehen der Unternehmer die ruhige Forderung der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gegenüber: »Die Gewerkschaften wollen grundsätzlich, daß der Arbeitsnachweis den Interessenkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern entzogen werde.«

Rundschau.

Teuerungszulagen in Augsburg. Die Zeit der Kriegsteuerung veranlaßte auch die Augsburger Kollegenschaft, gemeinsam mit dem Hilfsarbeiter-Verband, die hiesigen lithographischen Anstalten um eine Teuerungszulage anzufragen. Obgleich die Firmen selbst unter der Kriegsmisere zu leiden haben, konnten sie sich doch der Berechtigung unserer Forderung nicht verschließen. Die Firma *W. Fiek* bewilligte für das männliche Personal 2 Mk., für das weibliche 1 Mk. wöchentlich. In der Firma *F. Burger* erhielten unsere Kollegen im letzten halben Jahre Lohnzulagen von 3-7 Mk., so daß nur die Hilfsarbeiter in Betracht kamen, die einen Mehrverdienst von 1-3 Mk. erzielten. Die Firma *Gebr. Reichel* gab bis jetzt eine einmalige Teuerungszulage von 50 Mk. für Verheiratete und 40 Mk. für Ledige und läßt demnächst eine weitere folgen. Das Ergebnis zeitigt die Mahnung, daß alle Kollegen zusammenhalten müssen, wenn der Erfolg gesichert werden soll. — *Altwasser i. Schl.* Die Firma *Wunderlich A.-G.* gab sämt-

lichen Kollegen freiwillig eine wöchentliche Zulage von 1 Mk. Es ist das bereits die zweite Teuerungszulage, auch hat das verheiratete Personal vor 8 Wochen je 6 Pfund Lebensmittel gratis erhalten. — *Crimmitschau.* Am 10. August haben wir eine Eingabe an die Kunstanstalt hier gerichtet und um eine Teuerungszulage angehalten. Sie wurde auch bewilligt und ist am letzten Sonnabend in Kraft getreten; leider sieht sie sehr bescheiden aus. Es haben erhalten: 11 Drucker je 1 Mk., ein Drucker vor 14 Tagen 2 Mk., 3 Drucker haben nichts bekommen, davon einer vor 8 Wochen 1 Mk. Eine schwächere Kraft nichts; 1 Russe, interniert, nichts. Von 2 Lithographen und einem Photograph haben wir nichts erfahren können. Erwähnen möchten wir noch, daß seit September v. J. eine 5 prozentige Teuerungszulage besteht.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Haltet den Dieb!

»Die Gewerkschaften benutzen eben, das ist eine alte Erfahrung, jeden Anlaß, gegen die Arbeitgeber und die von ihnen geschaffenen Einrichtungen, auch wenn sie zum besten der Arbeiter selbst geschaffen werden, Angriffe zu richten.« — Fast kamen uns die Tränen in die Augen vor Mitleid über die armen, frommen, unschuldigen Schutzverbandsämter, als wir in der neuesten Nummer des Steindruckgewerbes die Antwort auf unsere Ausführungen in der Graphischen Presse vom 4. August, in dem Artikel: »Die Jesuiten-Schule«, lasen. Alles was wir an positiven Feststellungen, alles was wir an Tatsachen klar und frei angeführt haben, wird mit ängstlicher Scheu besiebt gestoben: »Das ist eben Gewerkschaftstatistik!« Wir stellten fest, daß am 30. August 1915 der Schutzverbandsvertreter die Regelung der Arbeitsnachweisfrage für die Kriegsbeschädigten ablehnte, mit der Begründung: Die Zahl der Kriegsbeschädigten im Steindruckgewerbe sei nur gering. In derselben Sitzung lehnte er jede Verständigung über die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises rundweg ab. Im Mai 1916 aber gründete der Schutzverband einen eigenen Arbeitsnachweis. Diese und andere Feststellungen sind im Steindruckgewerbe ohne Antwort geblieben. Nun, schweigen ist auch eine Antwort.

»Wir hegen die bestimmte Hoffnung, daß unser Arbeitsnachweis durch sein unparteiisches Verhalten auch die Arbeitnehmer von seiner Nützlichkeit überzeugen wird. . . . Mit diesem, nun schon mehrere Male abgegebenen Versprechen sucht uns der Schutzverband zu beruhigen und uns immer wieder zu beschwören, erst doch die Tätigkeit des Arbeitsnachweises abzuwarten. Ach, was hat uns nicht schon alles der Schutzverband, als im Interesse der Gehilfenschaft liegend, aufzureden versucht? Sollte nicht einst ein Lohn von 18,50 Mk. ein ausreichender Lohn sein? Hat er sich nicht gegen jede, selbst die bescheidenste Arbeitszeitverkürzung gewendet? Spiegelberg wir kennen Dich!

Aber der Verfasser des Artikels flennt nicht nur über die bösen Gewerkschaften, er haut auch zu. Nur gehts ihm so, wie in dem bekannten Witz: »erst lag ich unten, dann lag er oben.« Er schreibt nämlich: »Wir wissen ganz genau, daß aus den eigenen Mitgliederkreisen des Senefelderbundes wiederholt der Vorwurf zu hören war, es wäre besser gewesen, die angesammelten Mitgliederbeiträge für die Zeit der wirklichen Not aufzusparen, anstatt dieselben für die Auskämpfung grundsätzlicher Gewerkschaftsfragen zu verwenden. . . .

Ist das nicht ein Glanzstück aus der Jesuitenschule? Haben sie auch genau gehört, verehrtes Steindruckgewerbe? Woher sind denn diese Stimmen gekommen? Fast ausschließlich aus den Kreisen unseres Verbandes, wo seit langen Jahren alle Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf tariflicher Grundlage geregelt sind, wo alle Differenzen zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter durch wirkliche paritätische Schiedsinstanzen ihre Lösung finden. Diese Kollegen können es, bei aller von ihnen stets geübten Solidarität, aus ihren Erfahrungen mit ihren Unternehmern nicht fassen, daß in einem Gewerbe jahrzehntelang Ruhe und Frieden, in dem so nahe verwandten Gewerbe ständig Krakehl und Krieg ist! War es nicht der Kommerziant *Büchsenstein*, der ebenfalls öffentlich sein Erstaunen über diesen Tatbestand ausdrückte. Und er hatte dabei durchaus nicht an die Gehilfen als die Schuldigen, gedacht. Aber eine Gewissensfrage möchten wir uns dabei noch erlauben: Sollte nicht in den Kreisen der im Schutzverband organisierten Steindruckunternehmer auch hin und wieder so etwas wie Sehnsucht nach Frieden, so etwas wie Hilfesdrei vor der ewigen Rauflost der Schutzverbandsleitung erklingen sein?

Ortsberichte.

Leipzig. In der allgemeinen Versammlung am 18. August d. J. wurde zunächst der seit der letzten Versammlung im Kriege Gefallenen und am Orte Verstorbenen in ehrender Weise gedacht. Hierauf

gab Kollege Herbst zum 1. Punkt: »Die Mitgliederschaft nach dem 2. Kriegsjahre« ein anschauliches Bild der derzeitigen Lage der Mitgliederschaft. Erfreulich war die Feststellung, daß sich die Mitgliederschaft unter Berücksichtigung der Verhältnisse auch nach dem 2. Kriegsjahre allen berechtigten Anforderungen gewachsen gezeigt hat. Die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1914 2192 betrug, verringerte sich bis 1. Juli 1915 auf 956, um endlich am 1. Juli 1916 auf 791 zu sinken. 1505 Kollegen und 7 Lehrlinge oder rund zwei Drittel aller Mitglieder sind zum Kriegsdienst eingezogen, von denen uns mit Einschluß von 3 Lehrlingen und der aktiv dienenden, 107 als Gefallenen gemeldet sind. Für zeitweise oder dauernd sind 149 Kollegen wieder entlassen worden. Eingetreten sind seit Kriegbeginn 90 Kollegen mit und 153 ohne Eintrittsgeld. Zugereist 278, abgereist 265, ausgetreten 40 und ausgeschlossen wurden 238. Besonders die letzte Zahl zeigt erschreckend die wirtschaftliche Notlage der Kollegen; denn bei der wahnsinnigen Teuerung ist es vielen nicht möglich, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Aber nicht in allen Fällen trifft dies zu. Aus schmödem Egoismus hielt es ein Teil für geratener, daß vielleicht nie vorhandene gewesene Gefühl solidarischen Handelns zu beseitigen und uns den Rücken zu kehren. Im letzten Halbjahr wurden 18314 Wochenbeiträge geleistet, wozu noch 894 Arbeitslosen und 474 Krankenwochen kamen. Arbeitslos waren am Ende der Berichtszeit noch 6 Kollegen und krank 24. Die gesamten Einnahmen während der Kriegszeit betragen 100 236,95 Mk., dem eine Ausgabe von 75 991,34 Mk. gegenüber steht, so daß wir in dieser Zeit allein einen Einnahmeausfall von rund 160 000 Mk. verbuchen müssen. Die Unterstützungseinschränkung und sonstigen Maßnahmen des Hauptvorstandes waren also dringend geboten; denn nur so war es möglich, das Ganze aufrecht zu erhalten. Aus lokalen Mitteln wurden während der Kriegszeit 9844 Mk. für Unterstützungen und Krankengeldzuschuß gezahlt. Auch dem Arbeitsnachweis muß die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im neuesten Schleifstein wird Bezug genommen auf unseren letzten Versammlungsbericht in No. 29 und dabei behauptet, daß die darin angeführten Äußerungen des Schutzverbandsvorsitzenden »angeblüht und aus dem Zusammenhang gerissene« seien. Der Artikelschreiber mag sich beruhigen, dann frisch er vielleicht sein scheinbar etwas schwaches Gedächtnis auf. »Wir zitierten keine »angeblühten«, sondern seiner Zeit wirklich gesprochene und stenographisch fixierte Äußerungen. Es mag unangenehm sein, daran erinnert zu werden, wird aber deswegen nicht weniger wahr. Überhaupt liegt es ja nur an den Kollegen, den Nachweis des Schutzverbandes sowohl als auch die militärischen Nachweise als Veilchen im Verborgenen blühen zu lassen. Die schon immer versuchte Praxis der Unternehmer, Kollegen für unbeabsichtigten Schaden haftbar zu machen, mehrt sich. Da sich die Unternehmer aber wohl kaum dazu verstehen werden, auch den Gewinn zu teilen, so mußten wir natürlich auch darauf verzichten, die Hälfte des Schadens zu tragen. Auch die Lehrverhältnisse lassen zum Teil viel zu wünschen übrig, da von einer guten Ausbildung nur in ganz vereinzelten Fällen gesprochen werden kann. Das hält aber den Schutzverband nicht ab, auch weiter um den Nachwuchs besorgt zu sein, wie ein Hinweis in der gleichen Nummer zeigt und in welchen schon jetzt aufgefördert wird, neue Lehrverträge für 1917 abzuschließen. Dieser Frage müssen die Gehilfen ihre ganze Aufmerksamkeit angedeihen lassen, damit diese Lehrlinge später nicht wegen ungenügender Ausbildung als Lohndrücker auftreten. Ein Zeichnerlehrling, dessen Vater Kriegsgefangener, wollte aus wirtschaftlicher Not das Verhältnis lösen. Darauf bot ihm die Firma Hausarbeit, womit er 6-8 Mk. pro Woche verdienen könnte. Schließlich wurde das Verhältnis wegen Berufswechsel doch gelöst, da der obige Betrag bei einem Stundenlohn von ca. 23 Pf. kaum, oder wohl überhaupt nicht zu erreichen war. — Zum 2. Punkt wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. — Zum 3. Punkt wurde beschlossen, daß der bisher gewährte Zuschuß zur Krankenunterstützung aus lokalen Mitteln, auf die Zeit von insgesamt 26 Wochen beschränkt wird. Eine längere Diskussion rief der Antrag des Ortsvorstandes hervor, daß bei Nichtbeachtung der Arbeitsnachweisbestimmungen, die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen sei. Eine zum Teil noch schärfere Fassung wurde vom Kollegen Hentschel eingebracht. Schließlich wurde zugestimmt, erst den Hauptvorstand davon zu unterrichten und die Angelegenheit einer späteren Versammlung erneut zur Beschlußfassung zu unterbreiten, inzwischen aber das Statut in allen Fällen rücksichtslos zur Anwendung zu bringen. — Unter Verschiedenem wurde auf die Notendruckerversammlung am 25. August hingewiesen. Ferner wurde bemerkt, daß die Gewerkschaften angegangen werden, bei Verteilung der Bezugsscheine für Woll- und Wirkwaren mit zu wirken. — Die Versammlung hat erneut gezeigt, daß bei den Kollegen der feste Vorsatz vorhanden ist, dem Verband die Treue zu wahren, um so leichter über die kriegskritische Zeit hinwegzukommen und um später wieder mit vereinten Kräften für den Weiterbau der Organisation zu wirken.